



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD)

und Antwort

**der Landesregierung - Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus (MWVATT)**

Unternehmensansiedlungen in den Jahren 2023 und 2024 in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung des Fragestellers:

In Schleswig-Holstein siedeln sich immer weniger Unternehmen an. Ein Bericht von Staatssekretärin Carstens und WTSH-Chef Habeck zeigt wie sich die Anzahl der Ansiedlungen von 2023 auf 2024 verringert hat¹. Trotz anhaltender Knappheit an Gewerbeflächen, stehen vorhandene Flächen an mehreren Orten leer².

1. Die Anzahl der Unternehmensansiedlungen hat sich von 112 Firmen im Jahr 2023 auf 73 Firmen im Jahr 2024 reduziert. Verfügt die Landesregierung über Zielzahlen welche sie im Bereich der Neuansiedlungen in den kommenden Jahren erreichen möchte? Wenn ja, wie hoch sind diese und wie plant die Landesregierung diese Zielzahlen zu erreichen?

¹ <https://www.shz.de/deutschland-welt/schleswig-holstein/artikel/so-wenige-unternehmen-wie-lange-nicht-siedeln-sich-in-sh-an-48440410>

² <https://www.kn-online.de/schleswig-holstein/schleswig-holsteins-kommunen-warten-auf-gewerbe-5ICCF7KTHJC67NAMXQ54SHR33A.html>

Antwort:

Die Fragen 1 und 2 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zentrale Institution für die Ansiedlungsberatung und erste Anlaufstelle für potentielle Investoren ist die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH). Sie arbeitet bei Ansiedlungsprojekten eng mit den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften, die sich überwiegend in der Trägerschaft der Kreise und kreisfreien Städte befinden, zusammen. Die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften werden oftmals auch direkt von interessierten Unternehmen kontaktiert. Zudem entstehen – zumeist kleinere – Ansiedlungsprojekte über die Gewerbe- und Technikzentren. Aufgrund der vielschichtigen Verantwortlichkeiten gibt die Landesregierung keine Zielzahlen für Neuansiedlungen vor. Nicht alle Ansiedlungen werden durch dieses System erfasst.

Für die WTSH werden jährlich Planvorgaben für die Anzahl der Ansiedlungsprojekte sowie die damit geschaffenen Arbeitsplätze definiert. Sie dienen als Erfolgsindikatoren der internen Steuerung des Unternehmens; sie haben nicht den Charakter von landesweiten Zielwerten.

2. Die Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze hat sich von 1456 neuen Arbeitsplätzen im Jahr 2023 auf 577 neue Arbeitsplätze im Jahr 2024 reduziert. Verfügt die Landesregierung über Zielzahlen welche sie im Bereich der neu geschaffenen Arbeitsplätze in den kommenden Jahren erreichen möchte? Wenn ja, wie hoch sind diese und wie plant die Landesregierung diese Zielzahlen zu erreichen?

Antwort:

Siehe Antwort auf Frage 1

3. Das neue Gewerbegebiet in der Gemeinde Goosefeld wurde extra für die Ansiedlung des Punker-Konzerns geschaffen. Obwohl die Gemeinde die Gewerbeflächen bereits erschließen ließ, entschied sich der Konzern letztlich gegen eine Ansiedlung, sodass die Gemeinde nun auf den Erschließungskosten in Höhe von 1,5 Millionen Euro sitzen bleibt³. Ist es üblich, dass Gewerbegebiete für einzelne Unternehmen geschaffen werden?

Antwort:

Anlass für die Erschließung des interkommunalen Gewerbegebiets in der Gemeinde Goosefeld waren Investitionsüberlegungen der Firma Punker. Das Unternehmen kann sich am bisherigen Standort in Eckernförde nicht mehr nennenswert erweitern, sodass eine Fläche im Eckernförder Umland in Betracht gezogen worden ist.

³ <https://www.kn-online.de/schleswig-holstein/schleswig-holsteins-kommunen-warten-auf-gewerbe-5ICCF7KTHJC67NAMXQ54SHR33A.html>

Nach den Ausführungen zum Bebauungsplan Nr. 12 der Gemeinde Goosefeld ist die Erschließung des interkommunalen Gewerbegebiets aber nicht nur für ein einzelnes Unternehmen vorgesehen. Die Ansiedlung mehrerer Firmen ist von Anfang an geplant gewesen, da die benachbarte Stadt Eckernförde ohnehin nicht mehr alle Flächenanfragen erfüllen kann.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Hinweis unzutreffend, dass die Gemeinde Goosefeld auf den Erschließungskosten sitzen bleibt. Die Flächen im interkommunalen Gewerbegebiet stehen weiterhin für Unternehmensansiedlungen zur Verfügung. Durch künftige Grundstücksverkäufe können die Erschließungskosten gedeckt werden. Allerdings wird diess durch den Rückzug der Firma Punker mehr Zeit in Anspruch nehmen als ursprünglich geplant.

Gewerbegebiete können aber durchaus auch für einzelne Unternehmen geschaffen werden. Das kann beispielsweise der Fall sein, wenn ein ansässiges Unternehmen vor Ort erweitern möchte. Über die Belegung der Flächen entscheiden die Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

4. Gibt es weitere Beispiele in den vergangenen fünf Jahren für Gewerbeflächen, die vorrangig für einzelne Unternehmen geschaffen wurden? Bitte Gemeinde und Gewerbefläche auflisten.

Antwort:

Die Gemeinden entscheiden eigenverantwortlich im Rahmen der Gesetze, ob und für wen sie Gewerbeflächen ausweisen. Es ist durchaus üblich, auch für konkrete Vorhaben eines oder mehrerer Unternehmen eine Bauleitplanung durchzuführen.

Zahlen zu den Flächen und Fallzahlen werden vom Land nicht erhoben.

5. Gibt es weitere Beispiele in den vergangenen fünf Jahren für Gewerbeflächen, die vorrangig für einzelne Unternehmen geschaffen wurden, deren Ansiedlung dann jedoch gescheitert ist? Wie hoch ist die Summe die für die Flächen aufgewendet wurde? Bitte nach Gemeinde und Gewerbefläche sowie die durch Steuerzahler*innen getragenen Kosten auflisten. Wodurch sind dabei welche Kosten entstanden?

Antwort:

Die Gemeinden haben nach Art. 28 Abs. 2 GG das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. So ist die Aufstellung und Anwendung der Bauleitpläne Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Daher können hierzu auch nur die Kommunen selbst umfassend Auskunft geben.

Außerdem ist zu beachten, dass der Hinweis auf durch Steuerzahler/-innen getragene Kosten unzutreffend ist. Bei der Erschließung von Gewerbegebieten fallen zwar zunächst Kosten an, die dann aber anschließend durch Grundstücksverkäufe wieder gedeckt werden können.